

# Zwischen Ablehnung und Affirmation

## Ostdeutschland und der Streit um Identitätspolitik

*Lucas von Ramin* \*

**Schlüsselwörter:** Identitätspolitik, Radikaldemokratie, Marginalisierung, Ostdeutschland, Populismus

**Abstract:** Die Diskussion um den gesellschaftlichen Mehrwert von Identitätspolitik gehört zu den zentralen politischen Debatten der letzten Jahre. Identitätspolitik steht dabei im Spannungsfeld zwischen legitimen Anerkennungskämpfen benachteiligter Gruppen und der Warnung vor einem Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Fragmentierung in einzelne Gruppenzugehörigkeiten. Besonders deutlich wird dieses Spannungsfeld an einem spezifischen Identitätsbildungsprozess, der in der Debatte oft nur am Rande behandelt wird: der Frage nach einer ostdeutschen Identität. Der vorliegende Beitrag beleuchtet das Konzept der Identitätspolitik und untersucht seine Bedeutung im Kontext von Emanzipations- und Demokratisierungsprozessen. Dabei werden zentrale Kritikpunkte wie der Essentialismus- und der Kulturalismusvorwurf diskutiert. Darüber hinaus wird das Konzept einer demokratischen Identitätspolitik am Fallbeispiel Ostdeutschland kritisch hinterfragt. Auf der Grundlage einer Hermeneutik der Marginalisierung des Ostens und der damit verbundenen Identitätspolitiken, die durch empirische Studien untermauert wird, soll diskutiert werden, inwiefern der Anspruch auf politische Emanzipation und Ermächtigung haltbar ist.

**Abstract:** The discussion about the added value of identity politics has been one of the central political debates of recent years. Identity politics is caught between legitimate struggles for recognition of disadvantaged groups and the warnings of a break-up of social cohesion through fragmentation into individual group affiliations. This tension is particularly evident in a specific process of identity formation that is often only marginally addressed in the debate: the question of an East German identity. This article sheds light on the concept of identity politics and examines its significance in the context of emancipation and democratization processes. Key points of criticism, such as the accusations of essentialism and culturalism, are discussed. In addition, the concept of democratic identity politics is critically examined using Eastern Germany as a case study. On the basis of a hermeneutics of the marginalization of the East and the associated identity politics, supported by empirical studies, the article discusses whether the claim to political emancipation and empowerment is sustainable.

\* Lucas von Ramin, Technische Universität Dresden  
📧 0000-0003-2598-6745, Kontakt: [Lucas.ramin@tu-dresden.de](mailto:Lucas.ramin@tu-dresden.de)

## 1. Einleitung

Die Diskussion um den gesellschaftlichen Mehrwert von Identitätspolitik, also der Ausrichtung des politischen Handelns anhand der Bedürfnisse und Eigenschaften einer spezifischen Gruppe, gehört zu einer der zentralen politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre. Identitätspolitik steht im Spannungsverhältnis zwischen Anerkennungskämpfen Benachteiligter und der Warnung vor einem Zerfall des sozialen Bandes durch die Aufsplitterung in einzelne Gruppenzugehörigkeiten (vgl. Strauß 2019). Kritisiert wird diesbezüglich, dass die überhöhte Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Minderheiten diese allererst von dem Rest der Gesellschaft abgrenzt und als geschlossene Identitäten konstituiert (vgl. Fukuyama 2018; Lilla 2017). Damit würde Identitätspolitik letztlich das Gegenteil dessen bewirken, wofür sie beansprucht wird: die Emanzipation derer, die gesellschaftlich nicht wahrgenommen werden. Daraus ergibt sich nicht nur ein gesellschaftlicher, sondern auch ein theoretischer Konflikt.

Der Begriff der Identität hat eine lange Geschichte und kann unterschiedlich verstanden werden. Grundsätzlich bezieht sich Identität auf die Merkmale, die eine Person, eine Gruppe oder eine Sache einzigartig und unterscheidbar machen. Für den vorliegenden Beitrag ist hervorzuheben, dass Identität als Produkt von Fremd- und Selbstzuschreibung gilt, wobei der Zuschreibungscharakter bereits den Akt der sozialen Konstruktion verdeutlicht (vgl. Kollmorgen 2022). Identität ist daher seit vielen Jahren eine umstrittene Kategorie im Diskurs der Kritischen Theorie beziehungsweise des Poststrukturalismus. Einerseits ist sie eine Figur der Selbstermächtigung und Selbstbestimmung, andererseits kann sie als kollektive Vereinheitlichung Unmündigkeit und Unterdrückung erzeugen.

Besonders deutlich werden die beschriebenen Spannungsverhältnisse in einem spezifischen Prozess der Identitätsbildung, der in der Debatte um Identitätspolitik nur am Rande vorkommt: der Frage nach einer ostdeutschen Identität. Auch dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung sind Ost und West relevante Kategorien, wie zuletzt die Diskussion um Dirk Oschmanns Buch *Der Osten: Eine westdeutsche Erfindung* (2023) gezeigt hat. Der Begriff ‚ostdeutsch‘ ruft Assoziationen hervor, die wie ‚rückständig‘ und ‚welfremd‘ abwertenden Charakter haben und in Verbindung mit ‚rechtsextrem‘ nicht mehr in den demokratischen Wertekontext integrierbar erscheinen. Diese Tendenz hat sich insbesondere seit der Migrationskrise 2015 und den damit verbundenen Protesten, aber auch während der Corona-Pandemie verstärkt (vgl. MIDEM 2021).

Gleichzeitig zeigen immer mehr Studien (vgl. Mau 2020; Kowalczuk 2020; Enders et al. 2021) und auch stärker literarische Arbeiten der Selbstbeschreibung (vgl. Köpping 2019; Rietzschel 2019; Schönian 2020; Engler et al. 2018; Hensel 2019), dass es nach wie vor zahlreiche Gründe für Wut und Frustration über Formen der Benachteiligung gibt, sei es die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen oder die diskursiv erfahrene Abwertung. Die „Einheitsfiktion“ der Bundesrepublik ist bis heute, ähnlich wie in den Debatten um Geschlecht und Nation, „Ausdruck einer faktisch benennbaren partikularen Position [...], die sich selbst zur Norm stilisiert“ (Matthäus/Kubiak 2016: 6). Identität zum Mittel der Politisierung zu machen, scheint also gerade für den ‚Osten‘